



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/154 - 9.7.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Vor zehn Jahren	S. 1
Klerikalismus in Belgien	S. 3
Überwundene Parteispaltung in Flenzburg	S. 5
Zur Tagung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung	S. 6
<u>Anhang:</u> NWDR-Interview Erich Ollenhauers	

Beitrag aus Anlass des 10. Jahrestages
des 20. Juli 1944

Ein neues Deutschland sollte werden

Die Sozialisten im deutschen Widerstand
Von Christoph Kreuzer

Generale und Adlige, so schrieb die Propaganda der Hitler und Goebbels es in das deutsche Volk und in die Welt hinaus, die Übersättigten, die Vornehmen, die Unzufriedenen, die Exklusiven aller Art hätten versucht, den "Führer aller Deutschen" zu beseitigen, und ihr Angriff sei abgeschlagen, sie würden zertreten werden. Das war der unverzüglich unternommene Versuch, nach der misslungenen Befreiungsaktion vom 20. Juli 1944 zu vertuschen, auf welcher breiten Grundlage diese Aktion wirklich entstanden war, wie weit sie sich in alle Teile des ganzen deutschen Volkes verzweigte. Das Ausland sollte nicht erfahren, dass die Deutschen selbst die Kraft aufgebracht hatten, sich von den Tyrannen zu lösen, die Europa beherrschten, wenn auch ein böses Verhängnis die Tat hatte scheitern lassen.

Sie war von denen unternommen worden, die die Waffen in ihren Händen hatten, von Offizieren. Es adelt diese Männer, die vielfach die Namen adliger Geschlechter trugen, dass sie sich aus eigenem Entschluss unbekümmert und unvoreingenommen an die Seite der Arbeiter stellten und mit den Bürgern aller Berufe und Schichten, mit den Linken und mit den Konservativen, mit Katholiken, Protestanten und Freidenkern, mit Verzweifelten und mit zäh entschlossenen Aktivisten gemeinsame Sache machten, um eines gemeinsamen Ziele willen, das ein freies, rechtliches und

sauberes Deutschland sein sollte. Was am 20. Juli 1944 geschah, das war die notwendige Aktion, um die seit vielen Jahren bereitstehenden demokratisch gesinnten Kräfte in Deutschland in die Verantwortung zu bringen. So war das Attentat geplant und so haben es auch die gewollt, die es schliesslich ausgeführt haben, Claus Schenk Graf von Stauffenberg nicht zuletzt. Er schritt zu Tat, als er nach der bereits Anfang Juli 1944 erfolgten Verhaftung des von ihm sehr geschätzten Dr. Julius Leber wusste, dass es keine Zeit mehr zu verlieren galt und weil er wollte, dass dieser Mann dem Neubau eines demokratischen Deutschlands nicht verloren gehen dürfte.

Früher Beginn.

Der deutsche Widerstand hatte sich unmittelbar nach Hitlers erschlicherer Berufung zum Reichskanzler gebildet. In kleinen Gruppen blieben die Gesinnungsfreunde beieinander. Es gibt eine Fülle von Zeugnissen dafür, wie in jenen ersten Jahren Verbindungen ohne Weisungen oder Anleitungen entstanden, bestanden und wirkten. 1938 gab es Entwürfe für eine neue deutsche Gewerkschaftsorganisation, für ein neues Rechtswesen, für Grundsätze, nach denen eine freie Presse wieder entwickelt werden könnte. Der Beginn des Krieges riss manchen Arbeitskreis auseinander und zerstörte die Verbindungen, die in die anderen Länder führten, aus denen einem neuen Staatswesen hätte Hilfe gewährt werden müssen. Aber es wurde weiter geplant, überlegt und entworfen, diskutiert, geändert und endgültig beschlossen. Vertrauensmänner in den Städten und Landkreisen fanden sich wieder zusammen. Es gab keine Organisation, keine Listen, keine Vorstände und Ausweise, aber es gab Vertrauen, Gewissheit der solidarischen Gemeinsamkeit, es gab den festen Glauben, dass diese Arbeit, die unter der Drohung des Todes geleistet wurde, Erfolg haben würde. In unseren Tagen, in denen wir jener Zeit und ihrer Opfer dankbar gedenken, ist manches Gesetz, manche Idee verwirklicht worden, die ihren Ursprung in den heimlichen und geheimen Gesprächen und Absprachen hatten, die damals geführt wurden.

Der Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner, der eng mit Dr. Karl Goerdeler zusammenarbeitete, sollte Vizekanzler werden, sein Gesinnungsfreund Dr. Julius Leber Innenminister. Andere, deren Namen heute kaum noch genannt werden oder unbekannt blieben, waren für wichtige Aufgaben in den Gewerkschaften, in der Justiz, in der Presse vorgesehen. Nur wenige wussten von anderen, nur einige führten die Gespräche mit den vielen, deren Mitarbeit nötig und nützlich war. Man wusste in diesem Kreis der Aktiven, dass eine Militärregierung niemals an die Stelle der Hitler-Tyrannie treten dürfte. Es waren Zivilisten vorgesehen. Man wusste aber auch, dass es unmöglich sein würde, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und in Deutschland eine Restauration vorzunehmen. Ein neues Deutschland sollte werden, das glaubten, hofften und daran arbeiteten in jenen Kreisen die Linken mit den Liberalen und die Zentrumspolitiker mit den Konservativen.

Ein neues, soziales, gerechtes Deutschland

"Es ist das Ziel unserer Wirtschaftsordnung, dass jedem Arbeiter, Angestellten und Unternehmer der Anteil an unseren Wirtschaftsgütern zuteil wird. Es handelt sich nicht nur darum, die freie Initiative des Unternehmers herzustellen und ihn zum Leistungskampf im Wettbewerb zu zwingen. Nein, auch der deutsche Arbeiter muss und

wird Gelegenheit erhalten, an der Verantwortung der Wirtschaft schöpferisch teilzunehmen". Das ist ein Satz aus dem Wirtschaftsprogramm, das die neue Regierung in einer offiziellen Erklärung verkünden wollte, sobald sie die Verantwortung übernommen haben würde. Und an anderer Stelle dieses Programms heisst es: "Das Eigentum ist Grundlage jeden wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts. Der Missbrauch des Eigentums wird ebenso bekämpft werden wie die ungesunde, die Unselbständigkeit der Menschen vermehrende Zusammenballung des Kapitals. Die Ordnung des Wirtschaftens wird auf Selbstverwaltung aufgebaut werden. Das bisher geübte System der Gängelung von oben her muss fallen. Es gilt, die Selbständigkeit des Entschlusses und damit die eigene Verantwortung wieder zu wohlthätiger Wirkung zu bringen; es gilt, das Vertrauen aller, auch der Arbeiter, in die Gerechtigkeit der wirtschaftlichen Ordnung in weitestem Umfange herzustellen".

Diese Sätze aus der beabsichtigten Regierungserklärung trugen deutlich den Stempel der entschiedenen Mitwirkung der Sozialisten, die in allen Arbeitsgruppen lebhaft und drängend tätig waren, und sie fanden die Billigung durch alle Beteiligten, die sich zur Rettung Deutschlands verschworen hatten. Das war ein neues Hoffen!

Es wurde zunichte, als die Befreiungstat scheiterte, aber es erstand auch nicht wieder neu, als nach 1945 neue Männer die Arbeit der materiellen und geistigen Entrümmung Deutschlands und den Wiederaufbau begannen. Die deutschen Sozialisten hatten schwerste Opfer gebracht. Viele ihrer besten Männer und Frauen waren den Henkern in die Hände gefallen. Nach der Katastrophe ohne Beispiel wandte sich der Sinn der meisten Menschen den nächsten Forderungen zu, die sofort erfüllbar schienen. Das war in jenen ersten Jahren verständlich. Aber nun mahnt das Morgen, und die Geopferten fordern, dass eine neue Generation ihr grösseres Werk erkenne und fortsetze: ein neues, soziales, gerechtes Deutschland zu bauen, frei nach innen und nach aussen. Es bleibt noch vieles zu tun.

+ + +
Nach Holland Belgien
- - - - -

-pt, Brüssel

Während sich in der holländischen Öffentlichkeit die Erregung über den Angriff der Bischöfe gegen die Koalitionsfreiheit noch nicht gelegt hat, ist in Belgien ein ähnlicher Vorstoss der katholischen Kirchenbehörde vor sich gegangen. Die christlichen Gewerkschaften Belgiens feierten in Gent ihr 65jähriges Bestehen. Dazu hatten sie auch die katholischen Würdenträger des Landes eingeladen.

Während die Festredner aus den Gewerkschaften sich innerhalb des gewerkschaftlichen Gebietes hielten, schleuderte der höchste Kirchenfürst des Landes einen Bannstrahl gegen alle katholischen Arbeiter, die etwa Mitglieder "sozialistischer" Gewerkschaften sind oder werden möchten. Er bezeichnete die Zugehörigkeit von Christen zu nichtchristlichen Gewerkschaften als ein Verbrechen gegen die

Glaubenssätze der katholischen Kirche und warnte die Arbeiter davor, sich "vom virus des Sozialismus vergiften zu lassen". Völlig zur politischen Offensive gegen das sozialistisch-liberale Kabinett übergehend, griff der Kardinal dessen Schulpolitik an und drohte mit einem Eingreifen der christlichen Gewerkschaften zur "Sicherung der Schulrechte der katholischen Bevölkerung".

Dieser Angriff kam umso unerwarteter, als die neue Regierung bisher nichts getan hat, um die Schulordnung, wie sie nach jahrzehnte langen bitteren Kämpfen durch die Koalitionen zwischen Sozialisten und Christlichsozialen in der ersten Nachkriegszeit geschaffen wurde, umzustossen. Der sozialistische Kultusminister hat im Gegenteil zwei Gesetzentwürfe seines christlichsozialen Vorgängers, die eine Verbesserung des Unterrichts z.B. durch die Ausdehnung der Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahr vorsehen, unverändert dem Parlament zugeleitet und der liberale Kolonialminister bestätigte der katholischen Universität Löwen die staatliche Unterstützung für die Errichtung einer katholischen Universität im Kongogebiet. Die belgischen Sozialisten sind sich darüber klar, dass in einem so überwiegend katholischen Lande wie Belgien ein katholisches Schulwesen unvermeidbar ist und dass sich sogar die offizielle Schule in einer Verteidigungsstellung befindet, die nur gehalten werden kann, wenn man die staatliche Kontrolle auf das verwaltungstechnische und pädagogische Gebiet beschränkt.

Es scheint auch, dass der Angriff des Kardinals selbst den christlichen Gewerkschaften zu weit ging, denn die den christlichen Gewerkschaften nahestehende Presse bringt keinerlei zustimmende oder den intoleranten Gedankengang ausbauende Kommentare und schweigt zu der Zurechtweisung des Kardinals durch den sozialistischen "Peuple". Man schliesst in politischen Kreisen aus dem zeitlichen Zusammenfallen der Angriffe der holländischen Bischöfe und des belgischen Kardinals und aus der Tatsache, dass der Kardinal van Roey im Mai zu einer längeren Konferenz in Rom war, dass hinter diesen Angriffen eine direkte Initiative des Vatikans steht.

In katholischen Kreisen wird offen davon gesprochen, dass der Papst selbst die Zeit für eine energische kirchliche Offensive für gekommen hält. Man verweist in dieser Beziehung darauf, dass in allen Ländern Mittel- und Westeuropas katholische Parteien entweder führend an den Regierungen beteiligt seien, oder, wie in Belgien, eine dicht an die Mehrheit heranreichende Opposition darstellen. Es wird weiter darauf hingewiesen, dass der Katholizismus gegenwärtig das "marianische Jahr" feiere und der Klerus die vielen Veranstaltungen und Feiern die mit diesem Festjahr verbunden seien, "notwendiger- und logischerweise" zu einem Geländegewinn und einer Verstärkung für die katholische Welt benutzen müsse.

Überwindung der Grenze

(sp) Eines der eindruckvollsten und mit der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei der Nachkriegsjahre engstens verbundenen Ereignisse ist die Rückkehr der Flensburger Sozialdemokraten in die SPD, wie sie auf dem schleswig-holsteinischen Bezirksparteitag in Kiel jetzt verkündet wurde. Das Ereignis ist mehr als die Überwindung eines innerparteilichen Zwistes, es wird in seiner Wirkung gleichzeitig ein Beitrag zur Überwindung aller Gegensätze der beiden Grenzländer, ein Beitrag zur Förderung guter nachbarschaftlicher Beziehungen sein.

Es ist lange Zeit hindurch kaum die Rede von der Trennung und von den Gegensätzen gewesen, und über Schleswig-Holstein hinaus hat man von der Existenz einer besonderen SPF kaum etwas gewusst oder bestenfalls eine vage Erinnerung daran gehabt, dass da "mal etwas war". Was da einmal war, ist zu Beginn der Nachkriegsjahre, sehr bald nach Wiederbegründung der SPD, an der auch Flensburg einen sehr aktiven Anteil hatte, ein heftiger Streit um Grenzpolitik, um Heimatgefühl, um Deutsch- oder Dänentum gewesen und hat - nicht zuletzt durch die Initiative Kurt Schumachers, der auch damals schon in seiner nationalen und übernationalen Geisteshaltung Feind aller partikularistischen Bestrebungen war - zur Abspaltung der SP-Flensburg geführt. Im Grunde mögen es nicht einmal ernste Gegensätze gewesen sein, die zur Trennung führten, sondern nur die Zuspitzung von Meinungsverschiedenheiten, die Verschiebung von Perspektiven, wie sie jene Zeit der Unsicherheit mit sich brachte.

Die Korrektur des Irrtums ist dann, wenn auch unter der Oberfläche, schon sehr bald - mindestens nicht erst im Augenblick des Kieler Parteitages 1954 - erfolgt. Und das ist auch der Grund dafür gewesen, dass das Thema SPF schon längst nicht mehr auf der Tagesordnung gestanden hat und also ausserhalb Schleswig-Holsteins schon seit ein paar Jahren vergessen worden ist. Mit der Bereinigung der Grenzpolitik, wie sie von der damals noch sozialdemokratischen schleswig-holsteinischen Regierung mit der "Kieler Erklärung" erfolgte, gewannen die Bestrebungen um eine Zusammenarbeit im europäischen, westlichen Freiheitsgedanken den Vorrang, wurde dem Trennenden das Gemeinsame übergeordnet. Damit war auch die Trennung SPD-SPF illusorisch geworden.

Die Wiedervereinigung ist also nur der letzte Schritt auf einem Wege, der nahezu im Augenblick der Spaltung schon sichtbar wurde. Die Brücke wurde jetzt geschlagen, nachdem längst die Pfeiler schon standen. Und diese Brücke wird nicht nur Kiel und Flensburg, sie wird auch Bonn und Kopenhagen verbinden. + + +

VOLLVERSAMMLUNG DES DEUTSCHEN RATES DER EUROPÄISCHEN BEWEGUNG

bu-. Nach fast dreijähriger Pause sind die 279 Mitglieder des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung vom Exekutivausschuss zum Wochenende in das Landtagsgebäude in Düsseldorf zur 4. Vollversammlung eingeladen worden. Seit der Konstituierung dieses Gremiums im Juni 1949 in Wiesbaden hat man sich mit den verschiedensten Fragen und Problemen beschäftigt - es wäre aber mehr als vermessen, wollte man behaupten, dass dabei etwas von europäischer Bewegung spürbar geworden wäre. Das mag nicht zuletzt mit an der organisatorischen Konstruktion gelegen haben.

Gerade deshalb ist es verwunderlich, dass Ernst Friedländer als Vorsitzender anscheinend der Meinung ist, die so notwendigen Fragen zur organisatorischen Neugestaltung des Rates in den wenigen Samstagabendstunden erledigen zu können. Schliesslich ist es kein Geheimnis, dass die Vollversammlung nicht an einer Stellungnahme zum Ergebnis der Organisationsleistungen des vorherigen Präsidenten, Professor Kogon, vorbeikommen und dabei mancher Wermutstropfen in den Becher der Europabegeisterung fallen wird.

Daran ändert auch die schmeichelhafte Umschreibung der organisatorischen Untalentiertheit Kogons, wie sie Friedländer in der Form "dass seine organisatorischen Fähigkeiten nicht auf der Höhe seiner geistigen Leistungen gewesen seien" auszudrücken pflegt, nichts. Es wäre sehr zu wünschen, dass diese Fragen nicht vom Reigen der offiziellen Veranstaltungen erdrückt und durch Repräsentation nach aussen die inneren Schwierigkeiten schamhaft verschwiegen werden. Nicht von den Referaten, sondern von den internen Verhandlungen und Beratungen und vor allem auch von der neuen Zusammensetzung der Leistungsgremien wird es abhängen, ob sich für den Deutschen Rat der Europäischen Bewegung echte Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten ergeben. Man sollte dabei nicht übersehen, dass europäische Spielereien heute nicht mehr gefragt sind.

Verantwortlich: Peter Raunau